

L2**Jusos Mitte****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Kein Platz für Diskriminierung - Für starken Awareness überall!**

1 Wie überall in dieser Gesellschaft haben wir
 2 ein Problem mit struktureller Diskriminie-
 3 rung und übergriffigen Verhalten in unse-
 4 rer Partei. Wir sind eine Partei mit vielen
 5 engagierten Genoss*innen, von denen sich
 6 die meisten im Sinne unserer Grundwer-
 7 te und respektvoll verhalten. Doch in die-
 8 ser großen Partei gibt es auch jene, die kei-
 9 nen Platz hier haben sollten, da sie sexist-
 10 tisch gegenüber Genoss*innen handeln, ras-
 11 sistische Kommentare von sich geben oder
 12 diskriminieren. Diesem Verhalten müssen wir
 13 klar entgegentreten. In dieser Partei darf kein
 14 Platz für sexistisches, rassistisches, antisemi-
 15 tisches und diskriminierendes Verhalten sein.
 16 Doch durch Haltung allein ist unsere Arbeit
 17 leider nicht gemacht. Wir müssen in unseren
 18 Strukturen etwas ändern, damit Betroffene
 19 ein Gehör finden und wir konsequenter ge-
 20 genüber Fehlverhalten vorgehen können.
 21 Zurzeit bleibt betroffenen Genoss*innen
 22 meist nur die Möglichkeit in dieser Partei,
 23 die Anti-Sexismus-Kommission zu kontak-
 24 tieren. Doch diese Kommission hat leider
 25 kaum formelle Handlungsmöglichkeiten. Sie
 26 kann weder ein Parteiausschlussverfahren
 27 anstreben, noch kann sie schwerwiegende
 28 Maßnahmen gegenüber den Täter*innen
 29 verhängen.
 30 Auch ist Anti-Sexismus nicht gleich Anti-
 31 Rassismus oder sensibel für andere Diskrimi-
 32 nierungsformen. Demnach wissen viele Be-
 33 troffene nicht, wo sie Vorfälle melden sollen.
 34 Viele Betroffene fühlen sich hilflos und sehen
 35 den einzigen Ausweg im Beenden ihres politi-
 36 schen Engagements oder gar dem Parteiaus-
 37 tritt.
 38 Wir wollen das nicht länger hinnehmen. Denn
 39 wir müssen jetzt agieren, um weiteren Scha-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Kein Kon-
sens)**

Wie überall in dieser Gesellschaft haben wir
 ein Problem mit struktureller Diskriminie-
 rung und übergriffigen Verhalten in unse-
 rer Partei. Wir sind eine Partei mit vielen
 engagierten Genoss*innen, von denen sich
 die meisten im Sinne unserer Grundwer-
 te und respektvoll verhalten. Doch in die-
 ser großen Partei gibt es auch jene, die kei-
 nen Platz hier haben sollten, da sie sexist-
 tisch gegenüber Genoss*innen handeln, ras-
 sistische Kommentare von sich geben oder
 diskriminieren. Diesem Verhalten müssen wir
 klar entgegentreten. In dieser Partei darf kein
 Platz für sexistisches, rassistisches, antisemi-
 tisches und diskriminierendes Verhalten sein.
 Doch durch Haltung allein ist unsere Arbeit
 leider nicht gemacht. Wir müssen in unseren
 Strukturen etwas ändern, damit Betroffene
 ein Gehör finden und wir konsequenter ge-
 genüber Fehlverhalten vorgehen können.
 Zurzeit bleibt betroffenen Genoss*innen
 meist nur die Möglichkeit in dieser Partei,
 die Anti-Sexismus-Kommission zu kontak-
 tieren. Doch diese Kommission hat leider
 kaum formelle Handlungsmöglichkeiten. Sie
 kann weder ein Parteiausschlussverfahren
 anstreben, noch kann sie schwerwiegende
 Maßnahmen gegenüber den Täter*innen
 verhängen.
 Auch ist Anti-Sexismus nicht gleich Anti-
 Rassismus oder sensibel für andere Diskrimi-
 nierungsformen. Demnach wissen viele Be-
 troffene nicht, wo sie Vorfälle melden sollen.
 Viele Betroffene fühlen sich hilflos und sehen
 den einzigen Ausweg im Beenden ihres politi-
 schen Engagements oder gar dem Parteiaus-
 tritt.
 Wir wollen das nicht länger hinnehmen. Denn
 wir müssen jetzt agieren, um weiteren Scha-

40 den an Betroffenen und/oder unserer Partei
41 abzuwenden.

42 Deshalb fordern wir, dass alle Arbeitskrei-
43 se, Arbeitsgemeinschaften, Abteilungen oder
44 Ortsvereine ein Awarenesssteam benennen
45 müssen, welches nicht aus Mitgliedern des
46 Vorstandes besteht. Dieses Team muss aus
47 mindestens zwei Personen bestehen und ist
48 quotiert zu besetzen. Für das Awareness-
49 team sollen jährlich mindestens ein Termin
50 zur Weiterbildung und dem richtigen Um-
51 gang mit Betroffenen durch die Partei ange-
52 boten werden. Entsprechende Mittel sind da-
53 für bereit zu stellen.

54 Zudem fordern wir, dass die Anti-
55 Sexismus Kommission in eine Anti-
56 Diskriminierungskommission umbenannt
57 wird. Eine solche Kommission soll in jedem
58 Kreis und Landesverband innerhalb der SPD
59 eingesetzt werden. Die Kommission sollte
60 mindestens aus fünf Personen bestehen und
61 sollte quotiert sein und BIPOC* Perspektiven
62 berücksichtigen. Entsprechende Statuten gilt
63 es demnach anzupassen.

64 Einen Kontakt zur Kommission muss es auf
65 der Website der jeweiligen Gliederung ver-
66 pflichtend geben. Zudem muss die Kommis-
67 sion bei jedem Parteitag bzw. bei jeder Dele-
68 giertenversammlung des Kreises auf der Büh-
69 ne vorgestellt werden, sodass die Ansprech-
70 barkeit verbessert wird.

71 Wir fordern, dass die Kommission statuta-
72 risch mit Rechten und Pflichten ausgestat-
73 tet wird. Grundsätzlich müssen alle Perso-
74 nen, die sich an die Kommissionsmitglieder
75 wenden, von diesen respektiert und ernst
76 genommen werden. Alles, was an die Kom-
77 missionsmitglieder herangetragen wird, ob-
78 liegt der Schweigepflicht. Zum ändern darf
79 die Kommission Maßnahmen wie Antisexis-
80 muscoaching oder Antidiskriminierungscoa-
81 ching für den gesamten Ortsverein/Abtei-
82 lung verhängen. Bei stärkeren Vergehen soll
83 sie Täter*innen für Parteiämter sperren kön-
84 nen. Ein entsprechender Katalog ist zu erar-
85 beiten und durch die Delegiertenversamm-

den an Betroffenen und/oder unserer Partei
abzuwenden.

Deshalb fordern wir, dass alle Arbeitskrei-
se, Arbeitsgemeinschaften **Abteilungen oder
Ortsvereine** ein Awarenesssteam benennen
müssen, welches nicht aus Mitgliedern des
Vorstandes besteht. Dieses Team muss aus
mindestens zwei Personen bestehen und ist
quotiert zu besetzen. Für das Awareness-
team sollen jährlich mindestens ein Termin
zur Weiterbildung und dem richtigen Um-
gang mit Betroffenen durch die Partei ange-
boten werden. Entsprechende Mittel sind da-
für bereit zu stellen.

Zudem fordern wir, dass die Anti-
Sexismus Kommission in eine Anti-
Diskriminierungskommission umbenannt
wird. Eine solche Kommission soll in jedem
Kreis und Landesverband innerhalb der SPD
eingesetzt werden. Die Kommission sollte
mindestens aus fünf Personen bestehen und
sollte quotiert sein und BIPOC* (**Black, Indi-
genious and People of Color**)-Perspektiven
berücksichtigen. Entsprechende Statuten gilt
es demnach anzupassen.

Einen Kontakt zur Kommission muss es auf
der Website der jeweiligen Gliederung ver-
pflichtend geben. Zudem muss die Kommis-
sion bei jedem Parteitag bzw. bei jeder Dele-
giertenversammlung des Kreises auf der Büh-
ne vorgestellt werden, sodass die Ansprech-
barkeit verbessert wird.

Wir fordern, dass die Kommission statuta-
risch mit Rechten und Pflichten ausgestattet
wird. Grundsätzlich müssen alle Personen,
die sich an die Kommissionsmitglieder wen-
den, von diesen respektiert und ernst genom-
men werden. Alles, was an die Kommissions-
mitglieder herangetragen wird, obliegt der
Schweigepflicht. Zum ändern darf die Kom-
mission Maßnahmen wie Antisexismuscoa-
ching oder Antidiskriminierungscoaching **für
die jeweilige Gliederung** verhängen. Bei stär-
keren Vergehen soll sie Täter*innen für Par-
teiämter sperren können. Ein entsprechender
Katalog ist zu erarbeiten und durch die Dele-

86 lungen bzw. Parteitag des Kreises, des Lan-
87 des und des Bundes abzustimmen. Zudem
88 soll die Kommission Parteiausschlussverfah-
89 ren anregen können. Für Betroffene soll die
90 Kommission, wenn diese benötigt und ge-
91 wünscht wird, juristische Hilfe vermitteln.

92

93

94

95

96

97

98

99

giertenversammlungen bzw. Parteitag des
Kreises, des Landes und des Bundes abzu-
stimmen. Zudem soll die Kommission Partei-
ausschlussverfahren anregen können. Für Be-
troffene soll die Kommission, wenn diese be-
nötigt und gewünscht wird, juristische Hilfe
vermitteln. **Für die Mitglieder der Kommissi-
on soll jährlich mindestens ein verpflichten-
der Termin zur Weiterbildung und dem rich-
tigen Umgang mit Betroffenen durch die Par-
tei angeboten werden. Auf Bundesebene soll
eine hauptamtliche Ombudsperson für Dis-
kriminierungsfälle als Ansprechperson einge-
setzt werden.**